

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO16, Michaelkirchplatz 4
Fernsprecher: Amt F7 Jannowitz 6191

Berlin, den 13. August 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Lehren aus der Reichstagswahl

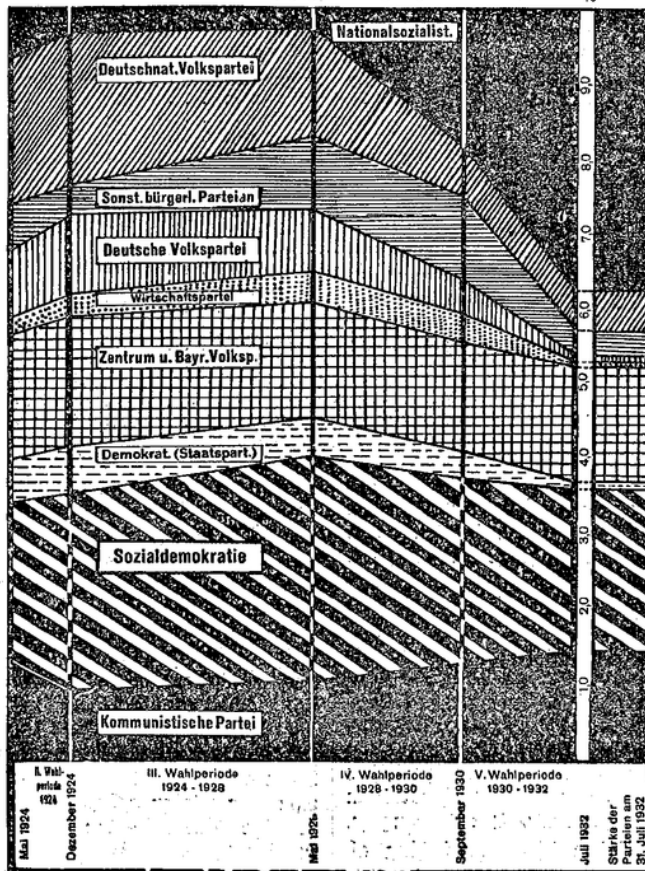
Die Wahlen vom 31. Juli 1932 waren keine „Ueber-raschungswahlen“ wie diejenigen des 14. September 1930. Die in fast allen Ländern in den letzten Monaten stattgefundenen Landtagswahlen in Verbindung mit den Reichspräsidentenwahlen hatten das politische Zahlen-bild bereits weitgehend geklärt. Außer einigen hemmungslosen Optimisten auf der einen und Pessimisten auf der anderen Seite hatte wohl niemand eine Rechts-mehrheit oder gar eine Nazi-Mehrheit erhofft oder gefürchtet. Eine solche Mehrheit ist nicht zu haben, das haben diese so leichtfertigerweise provozierten Wahlen mit aller Deutlichkeit ergeben, und darin erschöpft sich im wesentlichen ihre politische Bedeutung. Trotzdem aber ist eine nähere Betrachtung des Wahlergebnisses erforderlich und nicht minder interessant und aufschlußreich wie das der Septemberwahlen 1930. Im großen und ganzen gesehen hat die jetzige Wahl den gewaltigen Umformungsprozeß, der vor zwei Jahren auf der rechten Hälfte des deutschen Parteilagers zum Ausbruch kam, fortgesetzt und gleichzeitig Grenzen und Ausmaß dieses Vorganges aufgezeigt. Bis auf unbedeutende Reste sind alle sogenannten bürgerlichen Mittelparteien — außer dem Zentrum — im brodelnden Schmelztiegel des Nationalsozialismus verschwunden oder es haben ihre Wähler unter Verzicht auf eine eigene politische Ausdrucksform Unterschlupf bei benachbarten Parteien gesucht. Die unmittelbare und an sich begrüßenswerte Folge dieser Entwicklung ist eine weitgehende Vereinfachung unseres Partei-systems und die damit verbundene Konzentration der politischen Willensbildung. Während 1930 auf die fünf stärksten Parteien 77,7 Proz. aller Stimmen entfielen, sind es jetzt 95 Proz. Sehr anschaulich kommt die gesamte Entwicklung seit 1924 in unserem Schaubild zum Ausdruck. Wir erkennen die Einschnürung der „bürgerlichen Mitte“ durch das Vordringen des Nationalsozialismus und auch wie wenig im Grunde genommen die proletarischen Parteien erschüttert worden sind durch den Erdbeerschlag, der sich auf der Rechten vollzog. Man kann innerhalb der jetzigen Partei-

konstellation drei große politische Gruppen unterscheiden: eine sozialistische (SPD. und KPD.), eine antisozialistische aber demokratische (katholische Parteien und der Rest der bürgerlichen Demokraten) und eine faschistische Gruppe, zu der außer den Nazis fast alle übrigen bürgerlichen Parteien und Splitter zu zählen sind. Zahlenmäßig (in Prozenten der Stimmen) ergibt sich dann folgendes Bild:

Sozialistische Gruppe	1930	37,6	36,0
Nichtsozialistische, demokratische Gruppe	20,0	17,7	
Faschisten aller Richtungen	38,0	45,0	

Wenden wir uns nunmehr der Betrachtung der Wahlergebnisse im einzelnen zu. Obwohl die Nationalsozialisten ihr Ziel, nämlich die Erringung der Macht durch Mehrheit nicht entfernt erreicht haben, so bilden sie doch nunmehr mit einem Stimmenanteil von 37,4 Proz. die weitaus stärkste Partei. Allerdings, so ungewöhnlich und einzigartig, wie sie es hinstellen, ist diese Tatsache nicht, denn bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 erhielt die Sozialdemokratie 37,9 Proz. (außer den 7,6 Proz. der Unabhängigen) bei einer ebenso starken Wahlbeteiligung. Gegenüber 1930 haben die Nazis ihre Stimmen noch einmal verdoppeln können. Die Steigerung ist nicht gleichmäßig auf die einzelnen Wahlkreise verteilt und schwankt zwischen Oppeln, wo sie ihren Anteil verdreifachten und Köln-Raden, wo er nur um ein Drittel stieg. Auch diese Wahlen beweisen, daß die Hochburgen des Nationalsozialismus in den nichtindustriellen und nichtkatholischen Gebieten liegen. Von den 16 Wahlkreisen, in denen die Nazis mehr als 40 Proz. aller Stimmen erhielten (vgl. die Ta-

Entwicklung der Parteien 1924-1932
(in Prozenten der abgegebenen gültigen Stimmen)



belle Sp. 548), machen nur die Industriebezirke Chemnitz und Merseburg und die katholische Pfalz eine Ausnahme. Darin offenbaren sich zugleich Charakter und Grenzen dieser Bewegung. Im übrigen ergibt sich aus unserer Tabelle, daß die Nationalsozialisten in keinem Wahlkreis unter 20 Proz. aller Stimmen erhielten, in neun Wahlkreisen zwischen 20 und 30 Proz., in zehn zwischen 30 und 40 Proz. und in den restlichen über 40 Proz., davon in Schleswig-Holstein mehr als 50 Proz. In welchem Verhältnis die

sozialdemokratischen Stimmen zu den nationalsozialistischen stehen, ergibt sich aus der Tabelle 2, in der angegeben ist, wieviel nationalsozialistische (und kommunistische) Wähler auf je 100 sozialdemokratische Wähler entfallen. Während im Reichsdurchschnitt auf je 100 Sozialdemokraten 173 Nazis kommen, schwankt diese Ziffer in den einzelnen Bezirken zwischen 88 (Berlin) und 341 (Oppeln). Am ungünstigsten ist das Verhältnis zwischen der Stärke der SPD und der NSDAP in den Bezirken, in denen die KPD oder das Zentrum sehr stark sind und dadurch der für die SPD verbleibende Raum an sich schon sehr eingeschränkt ist. In 22 Wahlkreisen sind die Nazis stärker als die SPD und KPD zusammen und nur im Wahlkreis 2 (Berlin) sind die Nationalsozialisten schwächer als die Sozialdemokraten. Trotz aller Anstrengungen ist den Nazis der Einbruch in die „marxistische Front“ auch dieses Mal nicht gelungen. Im Gegenteil zeigt ein Vergleich mit den vorangegangenen Landtagswahlen, daß die Nationalsozialisten nicht nur absolut, sondern auch anteilmäßig in einigen Wahlkreisen ihren Höhepunkt bereits überschritten haben. Wenn wir auch dieser Feststellung keineswegs eine übertriebene große Bedeutung beilegen, so läßt sich doch im wesentlichen sagen, daß der Nationalsozialismus am 31. Juli 1932 in fast allen Bezirken auf seine Grenzen gestoßen ist.

Während der Umfang des nationalsozialistischen Stimmenzuwachses bereits bei den vorangegangenen Präsidenten- und Landtagswahlen offenkundig war und daher keinerlei Ueberraschungen mehr bot, steht die Tatsache einer nicht unerheblichen kommunistischen Zunahme mit diesen vorangegangenen Wahlen in einem gewissen Widerspruch. Bei den preußischen Landtagswahlen am 24. April hatten die Kommunisten durchgehend absolut und anteilmäßig verloren. Diese Einbuße haben sie jetzt wieder wettmachen und ihre Stellung auch noch gegenüber den für sie erfolgreichen Reichstagswahlen von 1930 verbessern können. Der absolute Stimmenzuwachs der KPD beträgt gegenüber 1930 rund 776 Tausend, ihr Anteil stieg von 13,1 auf 14,6 Proz. aller Stimmen. Bemerkenswert ist vor allem, daß die Zunahme der KPD sich nicht nur auf industrielle Bezirke beschränkt — hier hat sie sogar in Berlin und Merseburg eine Abnahme zu verzeichnen —, sondern sich auf eine Reihe rein oder überwiegend agrarischer Bezirke erstreckt, wie Pommern, Weiser-Ems, Südhannover, Oberbayern, Niederbayern und Franken. In Westfalen-Süd hat die KPD die SPD überflügeln können, so daß sie nunmehr in sieben Bezirken stärker ist als diese, nämlich in Berlin, Oppeln, Merseburg, Westfalen-Süd, Köln-Rachen, Düsseldorf-Ost und West. Durch die kommunistische Zunahme bei gleichzeitigem Stimmverlust der SPD hat sich das Verhältnis der beiderseitigen Stimmzahlen weiter verschlechtert, so daß jetzt im Durchschnitt auf je 100 sozialdemokratische Wähler 67 kommunistische entfallen gegenüber 36 im Mai 1928 und 54 im September 1930. Aber auch jetzt bleibt die Tatsache bestehen, daß der Gesamtanteil der proletarischen Stimmen entscheidend von der Stärke der Sozialdemokratie und nicht von der KPD bestimmt wird. Aus der folgenden Zahlenreihe geht das eindeutig hervor:

	1924	1928	1930	1932
SPD.	26,0	29,8	24,5	21,4 Proz.
KPD.	9,0	10,6	13,1	14,6 Proz.
Zusammen	35,0	40,4	37,6	36,0 Proz.

Neben den Kommunisten hat auch das Zentrum nebst der Bayerischen Volkspartei einen Zuwachs von rund 600 000 Stimmen zu verzeichnen, so daß der Anteil dieser beiden Parteien von 14,8 auf 15,7 Proz. stieg. Schon eine oberflächliche Prüfung der Einzelergebnisse zeigt, daß dieser Gewinn vornehmlich auf nicht-katholische bürgerliche Stimmen zurückzuführen ist, denen ihre eigene Partei zu „unsicher“ erschien. Die Steigerung der Zentrumsstimmen ist am stärksten in ausgesprochen nichtkatholischen Bezirken — wie Berlin, Pommern, Hamburg, Dresden, Potsdam II — während umgekehrt in einigen überwiegend katholischen Bezirken ein Stimmrückgang erfolgte, so z. B. in Breslau, Oppeln, Koblenz-Trier, Niederbayern und Franken. Jedenfalls kann aus dem jetzigen Ergebnis nicht geschlossen werden, daß der politische Katholizismus, der seit langem einen stetigen, wenn auch geringen Rückgang aufweist, nunmehr einer neuen Blütezeit entgegengeht.

Die eigentliche Entscheidung in diesem Wahlkampf hing ab von dem Schicksal der Sozialdemokratie. Wäre sie zusammengebrochen, wie ihre Gegner rechts und links nicht müde wurden zu wiederholen, so wäre allerdings der stärkste Damm gegenüber dem Faschismus zerstört worden. Aber sie ist nicht zusammengebrochen und sie wird nicht zusammenbrechen. Wohl hat die SPD. auch in diesem Wahlkampf noch einmal absolut und anteilmäßig verloren, aber lange nicht in dem Ausmaße wie etwa 1930. Und sie ist jetzt mit einem Stimmenanteil von 21,4 Proz. immer noch stärker als bei den Maiwahlen des Jahres 1924.

Es enthielten in Prozenten der abgegebenen gültigen Stimmen	Sozialdemokraten		Kommunisten		Nationalsozialisten	
	1932	1930	1932	1930	1932	1930
Östpreußen	19,6	21,1	12,9	11,8	47,1	22,5
Berlin (Wahlkreis 2)	27,9	28,0	33,4	33,0	24,6	12,8
Potsdam II	26,3	25,9	20,3	19,7	33,0	16,7
Potsdam I	26,7	28,7	20,1	20,0	36,1	18,8
Frankfurt/Oder	23,4	26,6	9,6	9,3	48,1	22,7
Pommern	21,0	24,7	10,7	8,8	47,9	24,3
Breslau	24,4	29,3	8,8	7,8	43,5	24,2
Liegnitz	26,3	32,0	7,6	6,1	48,0	20,9
Oppeln	8,7	9,3	17,0	16,6	29,3	9,5
Magdeburg	32,2	37,2	11,1	10,0	43,9	19,5
Merseburg	19,8	19,5	24,3	25,0	42,6	20,5
Thüringen	22,1	28,9	16,8	15,2	43,4	19,3
Schleswig-Holstein	26,1	29,8	10,7	10,6	51,0	27,0
Weiser-Ems	22,4	24,3	7,9	6,3	38,4	20,5
Östhannover	24,5	28,1	8,2	7,5	49,5	20,6
Südhannover	31,5	39,4	8,1	5,5	46,1	24,3
Westfalen-Nord	18,0	19,8	13,0	11,3	25,7	12,0
Westfalen-Süd	19,7	21,3	20,6	17,0	27,5	13,9
Hessen-Nassau	22,4	25,8	10,5	10,0	43,5	20,8
Köln-Rachen	14,6	14,1	17,5	14,5	20,2	14,5
Koblenz-Trier	8,8	9,3	8,6	6,3	28,9	14,9
Düsseldorf-Ost	12,3	13,7	26,2	26,0	31,6	17,0
Düsseldorf-West	10,2	11,8	19,8	17,5	27,0	16,8
Oberbayern-Schwaben	15,3	19,3	8,9	6,1	27,1	16,3
Niederbayern	11,2	12,8	8,2	4,7	20,4	12,0
Franken	21,2	25,3	6,9	4,8	39,8	20,5
Pfalz	17,6	22,4	10,7	10,5	43,7	22,8
Dresden-Baugen	31,1	34,7	14,3	12,4	39,3	16,0
Leipzig	33,1	34,9	18,6	17,2	36,1	14,0
Chemnitz-Zwickau	22,4	28,3	19,6	18,5	47,1	23,8
Württemberg	17,6	20,1	11,0	9,4	30,3	9,4
Baden	13,6	17,9	11,2	9,6	36,9	19,2
Hessen-Darmstadt	26,2	28,9	10,2	11,3	43,1	18,5
Hamburg	31,7	32,0	17,7	18,0	33,7	19,2
Mecklenburg	31,3	35,2	9,4	8,6	44,8	20,1
Reichsdurchschnitt	21,4	24,5	14,6	13,1	37,4	18,3

	Auf je hundert sozialdemokratische Wähler kommen:		Auf je hundert sozialdemokratische Wähler kommen:		
	Nationalsozialisten	Kommunisten	Nationalsozialisten	Kommunisten	
Östpreußen	239	66	Hessen-Nassau	195	47
Berlin	88	119	Köln-Rachen	138	121
Potsdam II	125	77	Koblenz-Trier	326	97
Potsdam I	143	75	Düsseldorf-Ost	258	214
Frankfurt/Oder	205	41	Düsseldorf-West	265	194
Pommern	229	51	Oberbayern-Schw.	177	58
Breslau	178	36	Niederbayern	183	73
Liegnitz	183	29	Franken	189	33
Oppeln	341	197	Pfalz	249	61
Magdeburg	136	34	Dresden-Baugen	127	46
Merseburg	215	122	Leipzig	109	56
Thüringen	196	76	Chemnitz-Zwickau	210	87
Schleswig-Holstein	195	41	Württemberg	172	63
Weiser-Ems	171	35	Baden	271	82
Östhannover	202	34	Hessen-Darmstadt	164	39
Südhannover-Br.	146	26	Hamburg	106	56
Westfalen-Nord	143	73	Mecklenburg	143	30
Westfalen-Süd	147	110	Reichsdurchschnitt	173	67

Außerdem aber haben diese Wahlen gezeigt, daß in einer ganzen Reihe von Bezirken die Sozialdemokratie unter dem Zeichen der stehenden drei Pfeile und vorwärts getragen durch die Aktivität der Eisernen Front bereits im Dormarsch begriffen ist. So ist unsere Stimmenzahl gegenüber 1930 gestiegen in Köln-Rachen, Hessen-Darmstadt, den beiden Potsdam, Merseburg und Ostpreußen. Allerdings steht dem entgegen, daß in anderen — vornehmlich agrarischen — Bezirken unsere Verluste nicht nur gegenüber den Reichstagswahlen 1930, sondern auch gegenüber den Landtagswahlen dieses Frühjahrs erheblich sind. Gerade diese Verschiedenheit in den verschiedenen Kreisen weist darauf hin, daß neben den allgemeinen Ursachen auch besondere Gründe vorliegen müssen, die festzustellen und mit aller Energie zu bekämpfen auch an dieser Stelle aufgefördert werden muß. Wenn der Dormarsch des Faschismus zum Stehen gekommen ist, so muß jetzt in mächtigem Gegenstoß der Dormarsch der Eisernen Front einsetzen, in deren Reihen zu kämpfen auch jedes Gewerkschaftlers Pflicht ist. Wir verheimlichen und beschönigen unsere Verluste nicht, aber wir wissen auch, daß alles, was verloren ist, wiedergewonnen werden kann. Mit Recht schrieb die „Frankfurter Zeitung“, die Tatsache, daß die Sozialdemokratie sich trotz der unerhört schweren geistigen und politischen Belastung der letzten Jahre habe behaupten können, beweise, wie außerordentlich gefestigt die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft auch heute noch — in den schlimmsten materiellen Notzeiten — dastehe.

Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeindevverbandes

Der Vorstand des Verbandes der Preussischen Landgemeinden trat gemeinsam mit einem zur Erörterung des Arbeitslosenproblems gewählten Ausschuss der Landgemeinden in Berlin zusammen, um zu der Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung zu nehmen. Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der Preussischen Landgemeinden, Landrat a. D. Dr. Gereke, Pressel, wies auf die bekannte, für die Gemeinden unhaltbar gewordene Lage hin, die es den Gemeinden auf längere Sicht völlig unmöglich mache, ihren Verpflichtungen gegenüber den Wohlfahrtserwerbslosen weiter nachzukommen. Auch eine nach den Wünschen der Landgemeinden sozial und gerecht aufgebaute Reichsarbeitslosenfürsorge könne nie das Grundübel, die Erwerbslosigkeit, beseitigen. Letzteres sei nur möglich durch ein umfassendes, planvoll aufgestelltes Arbeitsbeschaffungsprogramm, dessen Durchführung mit größter Beschleunigung in Angriff genommen werden müsse.

Der Landgemeindevverband habe eingehend die zahlreichen in der Öffentlichkeit bekannten Vorschläge geprüft, die zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit gemacht worden sind, insbesondere die von Dr. Herpel gemachten Vorschläge, denen zum Teil auch schon praktische Erfahrungen zugrunde liegen. Man müsse ganz offen feststellen, daß Privatinitiative heute nicht ausreicht, um wieder für sechs Millionen Erwerbslose Arbeit und Brot zu schaffen, sondern es sei die vorrangigste Aufgabe der öffentlichen Hand, hier bahnbrechend voranzugehen. Wie in der Vergangenheit, so müsse auch heute die öffentliche Hand die Durchführung großer volkswirtschaftlicher Aufgaben

betreiben und damit die Wirtschaft neu beleben. Die Finanzierung habe nach wie vor auf der Grundlage der Krediterschöpfung durch die öffentliche Hand zu erfolgen. Diese Krediterschöpfung könne sich nur stützen auf die Steuerkraft der Bevölkerung. Allerdings sei es nicht angängig, diese Kredite der öffentlichen Hand mit hohen Zinsen zu belasten und damit der Wirtschaft untragbare Ausgaben aufzuerlegen. Die Krediterschöpfung müsse vielmehr neben einem ganz geringen Verwaltungskostenbeitrag völlig zinsfrei sein. Die allseits als notwendig anerkannte Herabsetzung der heute unentrichtlich hohen Zinsen würde dadurch stark gefördert werden, weil Reich, Länder oder Gemeinden nicht mehr als Kreditnehmer auf dem Anleihemarkt auftreten. Die durch Aufbauarbeiten be-

lebte Wirtschaft würde außerdem die Möglichkeit erhalten, neues Sparkapital anzusammeln, und dadurch würde ein vergrößertes Kapitalangebot geschaffen. Das leider weitgehend geschwundene, für eine Belebung der Wirtschaft aber unbedingt notwendige Vertrauen in die öffentliche Hand werde in dem Augenblick wieder hergestellt sein, wo es gelingt, die Masse der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß wieder einzuschalten.

Dr. Gereke schlug dann folgende Richtlinien für die Weiterverfolgung der Arbeiten vor:

1. Reich, Länder und Gemeinden und die anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbände haben zur Belebung des Arbeitsmarktes volkswirtschaftlich wichtige Arbeiten vorzunehmen, um dadurch eine möglichst hohe Zahl von Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen.
2. Die Arbeiten sind planmäßig zu betreiben. Der Plan ist nach volkswirtschaftlichen, verkehrs- und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten auf Jahre hinaus einheitlich unter Mitwirkung der Selbstverwaltungskörperschaften aufzustellen und durchzuführen.
3. Grundförmlich sollen die Arbeiten zu vollem Lohn der Arbeiter und unter Heranziehung der freien Wirtschaft erfolgen, damit dadurch die Wirtschaft eine weitere Belebung erfährt und die Steuerkraft der öffentlichen Hand gestärkt wird.
4. Die Finanzierung erfolgt durch eine in beschränkten Grenzen gehaltene zinslose Kreditgewährung auf der Grundlage des Hoheitsrechtes der öffentlichen Hand in Zusammenarbeit mit den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten.
5. Der bargeldlose Verkehr ist im Interesse der Finanzierung der Aufbauarbeiten durch Ausbau des Giroverkehrs und durch Verschärfung des Scheckgesetzes zu erweitern.
6. Die Kredite sind in ihrer Laufzeit entsprechend dem verwendeten Zweck zu begrenzen.
7. Die Kreditbereitstellung ist von den Aufsichtsbehörden im Einvernehmen mit den Kreditausschüssen zu überwachen.

Als Ergebnis einer sehr eingehenden Aussprache stellte Dr. Gereke die grund-

sätzliche einhellige Zustimmung zu diesen ersten Richtlinien fest. Allseitig wurde darauf hingewiesen, daß keine Zeit mehr zu verlieren und es nicht angängig sei, sich diesen Problemen lediglich voller Bedenken und negativer Kritik oder mit leeren Redensarten gegenüberzustellen. Notwendig sei vielmehr, daß die Reichsregierung im Einvernehmen mit den Ländern, Gemeinden und Gemeindev Verbänden noch in den nächsten Wochen diese Vorschläge verwirkliche zur Vermeidung der sonst unabwendbaren wirtschafts- und staatspolitischen Gefahren, die bei Fortdauer der bisherigen Arbeitslosigkeit zwangsläufig entstehen müßten.

Gas — Wasser — Elektrizität

Sie dienen in Hütten und in Wäldern,
In schweren Stunden, bei jubelnden Festen,
Neigen die Lippen, bereiten die Speisen,
Begleiten die Menschen auf ihren Reisen,
Besiegen nächtliche Dunkelheit,
Zwingen den Vetter zum Tempo der Zeit —
Bannen den Tod und seine Qualen
Mit dem Zauber der Königenstraßen,
Umspannen Berge — Lüfte und Meer,
Verbinden Völker im Weltverkehr.

Noch sind diese technischen Wunder der Zeit
Der kapitalistischen Fron geweiht,
Doch Brüder, unsere Kräfte glühen
In den gewaltigen Energien,
Sie werden zu Trägern von Revolutionen,
Wo ausgebeutete Menschen wohnen!
Laßt uns begonnenes Werk vollenden,
Sprengt die Fesseln der Dividenden —
Auf sozialisiere, Prolet,
Gas — Wasser — Elektrizität!

Oltevedorf

Neue Verluste bei der Ruhrgas-AG.

Ende 1926 hatte Direktor Dögeler eine neue Ära der deutschen Gaswirtschaft angekündigt. Ganz Deutschland sollte von der Ruhr her mit Ferngasleitungen überzogen werden. Ohne Zeitverlust sei ans Werk zu gehen, da Zeitverlust den Plan gefährde. Man hat an der Ruhr keine Zeit verloren, drei Jahre lang schien eine unerhörte Offensive im Gang, im vierten war die Stockung da, im fünften, im Jahre 1931, sind die Pläne als mißglückt anzusehen. Die kühnen Träume des Ruhrbergbaus haben sich nicht erfüllt; fünf Jahre Ruhrpolitik haben genügt, um nicht nur Millionen Verluste herbeizuführen, sondern auch den ganzen Ferngasgedanken selbst äußerst problematisch zu machen. Das ist das Bild, das man bei kritischer Betrachtung bereits aus dem Geschäftsbericht der Ruhrgas-AG für 1930 gewinnen mußte, und das der soeben erschienene Bericht für das vergangene Jahr erneut bekräftigt.

Für den oberflächlichen Betrachter mögen die Angaben für das Geschäftsjahr 1931 noch passabel erscheinen. Die Hauptleitungsstrecken wurden noch um 105,5 Kilometer verlängert und 24,5 Kilometer Anschlußleitungen fertiggestellt; zum Jahresende waren 933 Kilometer in Betrieb. Der Gasabsatz stieg von 718 Millionen Kubikmeter im Jahre 1930 auf 796 Millionen Kubikmeter im vergangenen Jahre. Aber diese Entwicklung kann nur den nicht Informierten täuschen. In der Gesamtgasabgabe von 796 Millionen Kubikmeter stecken zunächst 290 Millionen Kubikmeter Konzerngas. Dieses Konzerngas hat nichts mit dem Verkaufs-

geschäft der Ruhrgas-AG zu tun. Es bedeutet lediglich Inanspruchnahme der Transportleitungen des Unternehmens durch seine Aktionäre. Das Konzerngas ist also eigentlich kein neues Geschäft und vor allem ist es kein gutes Geschäft. Denn was die Eisenwerke, die das Konzerngas beziehen, im Gaspreis etwa mehr zahlen würden, zahlen sie ja letztlich an sich selber als Zechenbesitzer und Kokserzeuger. Das gute Geschäft liegt auch nicht im Absatz von sonstigem Industriegas, das mit 333 Millionen Kubikmeter im Gesamtgasabsatz enthalten ist. Die Industrie kann nach fachmännischer Schätzung nur 2 bis 2,5 Pf. je Kubikmeter zahlen, so daß bei Lieferung über größere Entfernungen Industriegas nicht nur keinen Gewinn bringt, sondern ein Verlustgeschäft wird. Scheidet man Konzerngas und Industriegas aus dem Gesamtabsatz aus, so bleibt als an Gewinn bringende Gaskäufer abgegebenes Gas eine Menge von 173 Millionen Kubikmeter übrig. Diese 173 Millionen Kubikmeter Kommunalgas sind also der ganze bisherige Erfolg der Ruhrgas-AG, wobei zu beachten ist, daß durch die Uebernahme der Leitungen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes etwa 30 Millionen Kubikmeter Kommunalgas bereits mit übernommen worden waren. Von dem Kommunalgas werden überdies noch 21 Millionen Kubikmeter nicht direkt, sondern auf dem Wege über Verteilungsgesellschaften abgegeben.

Der (wohlgerneht: rohe) Ueberschuß aus dem Gasgeschäft nach Abzug der Gaseinkaufskosten stieg von 4,49 Millionen Mark auf 6,37 Millionen Mark, war also je verkauften Kubikmeter

im Vorjahr etwas größer als 1930. Diese Entwicklung ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der Anteil der Konzernabnehmer, die lediglich die Zuleitungskosten zahlen, im Vergleich zum Anteil der eigentlichen Gaskäufer zurückgegangen ist.

Der 1931 neu entstandene Jahresverlust der Ruhrgas-AG. ist mit 1,97 Millionen Mark etwas größer als im Vorjahre, wo er sich auf 1,75 Millionen Mark belief. Der im Verlauf von fünf Geschäftsjahren entstandene Gesamtverlust errechnet sich jetzt auf 7,29 Millionen Mark. Das ist ein Betrag, der bei 26,47 Millionen Mark eingezahltem Aktienkapital bereits recht hoch erscheint. Berücksichtigt man weiter, daß in der Bilanz die Verzinsung viel zu gering eingeseht ist, und daß mancherlei andere bilanzmäßige Unklarheiten (z. B. Aktivierung des Disagio- und Anleihekostenkontos) bestehen, wodurch der Verlust eher zu niedrig erscheinen dürfte, so ist für absehbare Zeit, selbst wenn man auf eine Verzinsung des Grundkapitals von vornherein verzichtet, nicht daran zu denken, daß die Ruhrgas auch nur auf einen Ausgleich ihrer Gewinn- und Verlustrechnung kommt. Daraus folgt, daß das Kapital der Ruhrgas-AG. nicht mehr als intakt anzusehen ist. Es kann nicht mehr mit 100 Proz. in den Bilanzen ihrer Aktionäre stehen bleiben, sondern muß — da man zum mindesten die Abschreibungen verdienen muß und die Verluste nicht uferlos anwachsen lassen kann — rigoros zusammengeknitten werden. In dürren Worten bedeutet dies alles, daß den bereits bei Ferngas verbrauchten Zehnmillionen über kurz oder lang wesentlich größere Beträge folgen werden.

In dem Bericht der Ruhrgas-AG. nimmt die Berufung auf die Wirtschaftskrise, die das Geschäft gehindert hätte und für die Mißerfolge verantwortlich sei, einen großen Raum ein. Man kann der Ruhrgas-AG. zugeben, daß die Wirtschaftskrise nicht gerade günstig auf ihre Pläne gewirkt hat. Den Einfluß aber, den ihr die Ruhrgas-AG. so gern zuschreiben möchte, hat aber die Wirtschaftskrise niemals gehabt. Das beweist allein schon die Tatsache, daß der deutsche Gasabfah sich insgesamt ausgezeichnet gehalten hat. Er ist 1930 und 1931 nur um je etwa 3½ Proz. zurückgegangen. Die Erfolglosigkeit der Ferngaspläne geht auf ihre grundsätzliche Fehlkonstruktionen zurück. Die Gemeinden, besonders die großen Städte, kommen bei der Eigenerzeugung eben billiger weg.

Was schließlich die Ferngasabnahme durch die Industrie anbetrifft, so bezieht sich die Industrie nicht deshalb mit der Umstellung auf Gas nicht sehr, weil man dazu kein Kapital hätte, sondern weil das Ferngas auf größere Entfernungen eben teurer ist als selbsthergezeugtes Schwachgas und sogar teurer als verfeuerte Kohle. In diesem Zusammenhang ist eine Notiz der „Kölnischen Zeitung“ vom 30. August 1931 von Interesse, die folgendes besagt:

„Das hiesige Weichblechwalzwerk der Vereinigten Stahlwerke erhielt vor einigen Monaten Anschluß an das Ferngasnetz der Ruhrgas-AG. Als erster großer Ort im Siebengebiet brachte jetzt auch Wissen die Verhandlungen mit der Ruhrgas-AG. zum Abschluß. Der Anschluß an das bestehende Gasnetz kostet 15 000 Mk., die von der Gemeinde selbst übernommen und ohne Anleihe flüssig gemacht werden können. Bei einem Selbstkostenpreis von 5,04 Pf. kommt der Gaspreis bei Einrechnung sämtlicher Unkosten auf 16,07 Pf. Wie in Wehlar festgelegt wurde, sind für die Ruhr keine Ansätze vorhanden, in und um Wehlar Abnehmer aus der Industrie zu gewinnen. Ohne diese Industrieabnehmer ist aber eine Leitung nach Wehlar—Siegen—Rauheim untragbar und unrentabel.“

Es zeigt sich also bereits, daß die von der Ruhrgas-AG. immer genannten niedrigen Industriegaspreise keineswegs die von dem Abnehmer zu zahlenden Endpreise sind; sondern sich durch die notwendigen Unkostenzuschläge noch stark erhöhen.

Drei Glanzpunkte schien es in der Ruhrpolitik zu geben: Hannover, die Hekoga und Köln. Hannover ist ein Fehlschlag, weil die hannoveranische Industrie sich nicht anschließen will; gerade das Industriegas sollte aber die für die Ruhr ungünstigen Vertragspreise rentabler machen. Der im Februar 1931 unterzeichnete Hekoga-Saar-Ruhr-Vertrag ist trotz der inzwischen gänzlich überflüssigerweise gegründeten südwestdeutschen Fernleitungs-gesellschaft lediglich eine leere Fassade, hinter der nichts steht. Das Gaswerk der Stadt Mainz, das bis zum Bau der Ruhrfernleitung nach Hessen der Stützpunkt der Ruhr werden sollte, hat sich inzwischen mit Wiesbaden zusammengeschlossen, um die gemeinsame Gasversorgung beider Städte durchzuführen. Ob Köln für die Ruhrgas-AG. rentabel ist, ist eine offene Frage. Für die Stadt Köln und die kölnische Bevölkerung ist sie sicher kein Vorteil. Die vertraglich festgelegte Errichtung einer Zentralkokerei in Köln ist unterblieben. Das Versprechen der Tarifsenkung auf 18 Pf. je Kubikmeter, das nach Durchführung der Ruhrlieferungen

eingelöst werden sollte, konnte nicht gehalten werden. Die Kölner Stadtverwaltung erzielte nach dem Anschluß an die Ruhr aus der Gaswirtschaft nur noch einen Uberschuß von 2,9 Millionen Mark gegenüber 4,7 Millionen Mark vor Durchführung der Ferngasversorgung. An weiteren Beispielen dieser Art mangelt es keineswegs.

Im großen und ganzen ist die Ferngasbilanz in jeder Beziehung denkbar ungünstig: In fünf Geschäftsjahren nicht weniger als 7,29 Millionen Mark Verlust, weitere Millionen eingefrorener und wahrscheinlich zum Teil verlorener Kredite, völliges Festlaufen der Entwicklung, Verluste und Nachteile bei den Abnehmern des Zehngases.

Karl Hauffe.

REICHS- UND STAATSARBEITER

Das Unrecht an den bayerischen Staatsbauarbeitern. Da der Schiedspruch, der den bayerischen Staatsbauarbeitern 4 Pf. Lohnabzug zumutete, von Arbeitnehmerseite abgelehnt wurde, hat das Staatsministerium des Innern Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit gestellt. Darüber wurde am 28. Juli 1932 zwischen den Parteien verhandelt. Den eifrigen Bemühungen des Herrn Vertreters des Staatsministeriums des Äußern, Abteilung Arbeit, war es in der Hauptsache zu verdanken, daß es zum Schluß zwischen den Parteien doch noch zu einer Vereinbarung kam. Der Schiedspruch wurde wie folgt geändert:

1. Die Lohnsenkung beträgt pro Stunde statt 4 nur 3 Pf.
2. Die neuen Löhne treten nicht am 11. Juli, sondern erst am 1. August (Beginn der Lohnwoche) in Kraft.
3. Die Laufdauer wurde vom 31. Oktober zum 31. Dezember 1932 verlängert.

Das Verlangen der Arbeitnehmerparteien, daß damit auch § 7 Ziff. 4 der Zweiten Notverordnung (Angleichung der Staatsbauarbeiterlöhne an die Reichsarbeiterlöhne) als erfüllt zu betrachten ist, wurde seitens des Staatsministeriums des Innern abgelehnt. Durch diese Vereinbarung ist eine Bewegung zum Abschluß gebracht worden, die den Arbeitern eine Milderung des Lohnabzuges und das vom Staatsministerium des Innern vorbereitete Lohnbiklat zu Fall brachte, mit dem zugleich ein tarifloser Zustand für die Staatsbauarbeiter eingetreten wäre.

Gemeinden und Kommunalverbände

Gemeindearbeiter werden als Futterkrippen-anwärter und Faulenzen beschimpft.

Die Nazis, die im Schimpfen unübertrefflich sind, ließen ihr Lästermäul bisher nur an Gewerkschaftern und Sozialdemokraten aus, die in führenden Stellen im öffentlichen Dienst oder in Gewerkschaft und Partei stehen. Allmählich merken die Nazis aber, daß sie damit keinen marxistisch denkenden Arbeiter von seiner Organisation losreißen können. In ihrer ohnmächtigen Wut gehen die Ritter vom Hakenkreuz nun dazu über, auch die Arbeiter zu beschimpfen. Der Nazi-„Freiheitskampf“ goß daher am 8. Juli über die Straßenreiniger in Plauen folgenden Unratkübel aus:

„... Am 30. Juni d. J. hatten wir wieder Gelegenheit, die Arbeits-tredung dieser Futterkrippenanwärter zu beobachten. Bereits früh 7.30 Uhr reinigten drei Gemeindearbeiter im gemüßlichsten Tempo einige Stellen der Chemnitzer Straße. Es verging Stunde für Stunde und wurde Mittag. Nun kam aber der uns als großer Hohn bekannte Gemeindearbeiter F. mit einem Kleinauto angefahren (gemeint sind die Elektroarren), um die paar zusammengekehrten Häufchen aufzuladen. Ohne abzustiegen, fuhr dieser von einem Häufchen zum anderen, während die anderen Arbeiter nach und nach die paar Schaufeln Dred auf das Auto warfen... Diese Arbeit kann jeder Laie beurteilen und muß zu der Ansicht kommen, daß diese Sorte Arbeiter ihren Lohn bei weitem nicht verdienen. Und gerade für diese Leute (die ja weiter nichts tun als faulzen) bewilligten die Marzisten in der letzten Stadtverordneten-sitzung persönliche Zulagen. Es ist eben ein Skandal, jeder andere Arbeiter muß sich seinen Lohn hauer verdienen und diese Leute fahren jeden Farbtopf und jede paar Schaufeln Dred im Auto spazieren.“

Gemeindearbeiter, nun wißt ihr, wie ihr im Hitler-Lager eingeschätzt werdet. Wenn diese Schimpfholde nun kommen, und von euch den Eintritt in der NSBO. verlangen, dann gebt ihnen einen Fußtritt, daß sie das Wiederkommen vergessen. Schade, daß uns das Sudelblatt erst jetzt zu Gesicht gekommen ist. Vor dem 31. Juli hätte es der Eisernen Front noch größere Dienste geleistet.

STIMMEN AUS KOLLEGENKREISEN

Das Problem

Sie saßen schon über zwei Stunden vor Wilhelms Laube, heftig mit heißen Köpfen streitend, ob es möglich wäre, die Welt mit einem Ruck besser zu machen.

Hinter ihnen lag durchgekaut die Diktatur um jeden Preis, die Illusion, daß nach dem Abwirtschaften Hitlers die Kommunisten an die Macht kämen, mit vollen Händen das Gute über das Proletariat ausschüttend. Durch den Schlammasseln mühte man, darin waren sie sich einig, gründlich durch, meinte Karl. Die Halbheiten müßten aufhören, das Konzessionsmachen, das Tolerieren; reine Bahn sei eine Vorbedingung. Gleich sei es, wer das mache von den Radikalen.

„Grundsätzliche Opposition natürlich, was?“ forderte Wilhelm heraus. Aber Karl ließ sich nicht abhalten, verfocht seine „Idee“ mit bitterem Groll gegen den Kapitalismus, warf die Schuld auf das System. Es sei einfach undenkbar, wenn man im System stecken bleibe, um etwas anderes zu bekommen.

„So kann es einfach nicht weitergehen. Wenn es besser werden soll, muß eine grundlegende Aenderung kommen, eine Umwälzung, so oder so.“

„Sag doch endlich, wie sie kommen soll, ein Ziel mußt du doch haben.“

„Hab' ich auch, das weißt du. Dem Arbeiter muß es besser gehen.“

„Wie? Welchem Arbeiter, dem von heute oder dem von morgen, uns oder unseren Kindern?“

„Allen, selbstverständlich.“

„Und du denkst der Nationalsozialismus — der praktisch unmöglich ist — soll helfen? Warum versteckst du dich?“

„Ja, wenn er hilft, mir soll's recht sein. Arbeit und Brot für alle Menschen.“

„Mur immer Brot durch Arbeit. Das ist richtig. Will ich auch. Aber wie kommen wir dahin? Durch was?“

„Durch die Macht der Arbeiterklasse.“

„Einverstanden, Donnerwetter! Und ist dir gleich, wer es macht?“

„Ja, ob Nazis oder Kommunisten, ist mir eine Brühse. Das Chaos muß zuerst kommen, und dann aus dem das Neue.“

„Mensch, bist du komisch, denkst wie 'n Holzbock.“

„Laß die Witze, Wilhelm, kann ich dir sagen, selber einer.“

„Sei friedlich, Karl. Also erst alles kaputt schlagen, meinst du?“

„Jawoll, ganze Arbeit, so können wir doch nicht weiter-wurfeln.“

„Darum willst du zu den Nazis? Die sollen kaputt schlagen, die sollen nachher ein Arbeiterparadies aufbauen? Mit dem von Doorn, den Adligen, den Krautjunkern. Mensch! Denen willst du unter die Glasantenn kriechen. Hast du gar keine Ehre mehr im Leibe? Von denen willst du dich an die Kette legen, wie ein Hund, dich prügeln lassen? Aber, da liegt ja der Jammer. Immer sollen die anderen etwas machen, nur nicht du. Glaubst du noch an höhere Gewalten, an Gott, der für dich den Tisch deckt, ohne daß du eine Hand rührst?“

„Arbeiten will ich. Ist das nicht rühren genug?“

„Nein, Karl. Sieh da die Stare an deinen Erdbeeren, was die fressen, kannst du morgen nicht auf den Markt bringen. Deine Arbeit machen sie kaputt.“

„Die soll der Teufel holen, die Biester!“ Karl rannte hinüber. Die Vögel strichen höhnisch meckend ab.

„Warum läßt du sie nicht fressen?“ empfing ihn Wilhelm, als er ärgerlich zur Bank kam, nach den Räubern Ausschau haltend, anscheinend überlegend, ob er sich noch mal hinsetzen sollte.

„Huck dich man hin, Karl, du willst doch das Chaos.“

„Was hat das denn damit zu tun?“ sprudelte dieser wütend.

„Viel. Die wollen doch anfangen, nehmen sich die Freiheit, deine Arbeit zu ernten.“ Karl muckte vor sich hin. „Warum regst du dich auf? Es muß doch alles kaputt gehen, was bedeuten da deine Erdbeeren?“

„Mensch, du willst mich wohl uzen. Von einem Sozialdemokraten kann man nichts Besseres verlangen.“

„Nu halt du aber die Luft an, Karl, hast du nicht selber gesagt, daß alles in einen großen Haufen gehauen werden soll, aus dem man aufbauen muß. Wenn der Star nun deine Erdbeeren, richtig befehen deine Arbeit auch nachher wieder ausch...., und das in

deine Mistkuhle, dann kannst du damit wieder aufbauen, den Boden düngen, neue Erdbeeren pflanzen, und — na die Stare leben noch.“

„Wenn ich sie auch kaputt schlage nicht.“

„Dazu hast du die Macht?“ Karl nickte. „Mit der du sie verjagen kannst, nicht wahr? Und dann fressen die auch mehr Ungeziefer als Erdbeeren. Also sind sie immer nützlich. Aber das andere Raubzeug denkst du. Auch bei dem mußt du immer auf dem Sprung stehen. Wo bleibt da das Abwarten? Du mußt handeln.“

„Für die Bonzen, was?“

„Auch, gewiß, ganz genau so wie du von deiner Arbeit an die nützlichen Tiere abgeben mußt. Wer hat schuld, wenn sie dir zuviel wegessen? Und dann sind Bonzen auch Menschen, die das Chaos nicht wollen.“

„Warum nicht, he? Weil sie dann auch Kohldampf scheiben müssen.“

„Kann stimmen, aber kann eine Organisation ohne Führer sein?“

„Ja, das könnte, wenn wir Idealisten hätten.“

„Was du dir nun unter Idealismus vorstellst oder unter Idealist, weiß ich augenblicklich nicht. Früher hast du immer gesagt, daß das ein Mensch sei, der über dem Materiellen stehend handelt. Solch unvernuünftige Kerle kann es einfach in Reinkultur nicht geben, dafür leben wir auf der Erde. Und dann — das ist vielleicht deine Meinung — willst du sie durch Aushungern zu Idealisten machen. Warum bist du denn noch keiner. Man müßte weniger von Schuld sprechen als von Pflicht und dann auch handeln.“

„Auf den Augenblick warte ich, wo ich es kann.“

„Kann? Heißiger Kanthaken! Kannst du denn nicht? Hast du keine Beine, keine Hände, keinen Mund, keine Fäuste, wenn es notwendig ist, sie zu gebrauchen. Tat! schreist du immer. Was stellst du dir darunter vor? Wenn die Spagen deinen Samen fressen, stellst du dich hin und schmeißt Eöcher in die Luft? Bauft du dann keine Scheuchen oder deckst mit alten Gardinen ab? Tat! flucht ihr und rennt um sie herum wie die Kage um den heißen Brei. Tat ist, sich organisieren, gegen Knechtschaft für Freiheit! Tat ist, festhalten, was man hat, und wenn es Erdbeeren sind, verdammt noch mal! Tat heißt heute Freiheit schützen. Tat ist, Karl, nicht mit denen fluchen und grunzen, die den Freßtrog zum Ueberlaufen voll haben wollen, während Millionen nur den trockenen Boden davon sehen. Tat ist, einig sein mit denen, die die Arbeit machen müssen. Tat ist, an den Sozialismus glauben. Tat ist, Mut zeigen gegen Fürsten, Barone, Kapitalisten und den ganzen Schranzenklügel, dem wirklichen Pöbel, den Sklaven aus Tradition, denen die Zunge nie lang genug ist, um Herrenstiefel zu lecken. Chaos muß sein, sagst du? Da steht ein Beil, geh nach Hause und schlag damit deinen ganzen Möbelkrempele in Trümmer, leg dich mitten hinein und warte bis die Brocken von selber neu werden. Eigenhändig mußt du alles wieder aufbauen oder einen anderen dafür befehlen. Kannst du nicht erkennen wie schwer das ist, ohne daß du alles in Trümmer gelegt hast? Aber du verfügst noch über einen Rest Kraft, sprich sie raus in die Weltgeschichte. Lege nicht die Hände in den Schoß, warte nicht bis die Kettenhunde der Reaktion dir den Stiefel auf den Nacken setzen, dich einfach in die Mistkuhle ihrer Profitinteressen legen. Es gibt keinen Rückschritt, sagst du, aber die Entwicklung kann man bremsen mit brutaler Gewalt. Du willst Sozialismus, weiß ich. Du willst Gerechtigkeit, Arbeit und Brot, denn Arbeit allein können dir die Kapitalisten geben, aber nicht mehr das Brot. Denn ihr System steht auf der Kante vor dem Absturz. Helf es runter bogen, Karl! Dazu brauchen wir kein Chaos. Sind sie gestürzt, bleiben die Werke, die Arbeit, das Brot, durch uns Karl! Freiheit!“

Wilhelm ging. Karl blieb noch auf der Bank sitzen, zog mit einem Zweig Linien in den staubigen Weg. Hob dann langsam den Kopf, sah dem Kameraden nach, lächelte schuldig und murmelte: „Freiheit?“ Weiter zog er Striche im Sande. „Ja, die Tat für Freiheit. Recht hast du eigentlich Wilhelm. Einigkeit gegen Herren und Herrenknechte — Organisation. Mutig glauben muß man. Des Geistes Schwert, des Wissens Macht. Gut klingt das noch. Und — Freiheit!“

Wilhelm hörte diesen Ruf, blieb stehen, lächelte zufrieden und ging weiter. M ü n c h, E s s e n.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Zur Durchführung des Tarifvertrages verpflichtet

In der „Gewerkschaft“ Nr. 20 Sp. 151 berichteten wir von der Weigerung der Blumengeschäftsinhaber, den sogenannten „Mindestlohn tarif“, der selbstverständlich für beide Tarifpartner ein sehr wichtiger Bestandteil des Reichstarifes für die Blumengeschäfte ist, weiter abzuschließen. Die Herren erklärten runderheraus, sie wünschten einen tariflosen Zustand. — Nun ist aber der Reichstarifvertrag auf zwei Jahre abgeschlossen und läuft noch bis zum 30. September 1933. Lediglich bezüglich der Lohnregelung ist vereinbart, daß sie jeweils für eine kürzere Frist festgesetzt werden kann. Wenn nun die Herren Arbeitgeber den Versuch unternehmen, einseitig die tarifliche Lohnregelung aufzuheben, so mußten sie sich darüber klar sein, daß sie damit gegen die aus einem Tarifvertrage erwachsende Friedens- und Durchführungspflicht verstoßen. Anscheinend haben sie das aber ziemlich leicht genommen, denn sie beschränkten sich bei ihren Maßnahmen nicht nur auf den „Mindestlohn tarif“, sondern versuchten auch — zunächst in Berlin und Hamburg —, von den örtlichen Lohn tarifen loszukommen. Bezeichnenderweise gaben sie hier als Grund ihrer Ablehnung von Tarifverhandlungen an, erst müßte die Angelegenheit mit dem Mindestlohn tarif geregelt werden, die von der Hauptgeschäftsstelle des DDB. im Auftrage der gleichen Persönlichkeiten aber — abgelehnt wurde. — Also ein Spiel, das als ehrliches nicht mehr bezeichnet werden kann.

In aufgenommenen Verhandlungen konnte die Ablehnung des Lohn tarifabschlusses nicht aufrechterhalten werden, aber man erklärte, in einer zu Ende August einberufenen Verbandsausschußsitzung über die Tariffragen erst noch reden zu müssen. Und bezüglich der örtlichen Lohn abkommen nahm man den Standpunkt ein, diese seien in jeder Beziehung abhängig vom zentralen Mindestlohn tarif, so daß sie mit diesem stehen und fallen. — Da unsere Auffassung eine völlig entgegengesetzte ist, so war damit ein Streit über die Auslegung des Tarifvertrages entstanden, und es wurde von uns dessen Entscheidung durch die im Tarifvertrag vorgesehene Zentralschiedsstelle beantragt.

In der nun am 28. Juli stattgefundenen Verhandlung vor dem Schiedsgericht wurde uns das Recht zugesprochen. Der Schiedspruch führt in seinen wesentlichsten Punkten folgendes aus:

Unter Ziffer 11 des Reichstarifvertrages wird gesagt, daß für Großstädte und für einheitliche Wirtschaftsgebiete die Löhne durch örtliche bzw. bezirkliche Vereinbarungen geregelt werden können.

Zu Ziffer 33 wird ausgesprochen, daß der Reichstarifvertrag und der Mindestlohn tarif zur allgemeinen Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsministerium anzumelden sind.

Zu Ziffer 34 wird ausgesprochen, daß bei örtlichen Lohn tarifen der örtliche Schlichtungsausschuß anzurufen ist, und wenn es bei diesem Verfahren zu keinem Abschluß kommt, die Entscheidung der Zentralschiedsstelle beantragt werden kann.

Zu Ziffer 35 wird dieser Zentralschiedsstelle eine besondere Bedeutung dadurch beigelegt, daß, falls sich die Parteien über den unparteilichen Vorsitzenden nicht einigen können, dieser vom zuständigen Schlichter ernannt werden soll.

In allen diesen Bestimmungen ist klar zum Ausdruck gebracht, daß die Parteien den Willen haben, einen Mindestlohn tarif zu schaffen, und daß sie diesen Mindestlohn tarif als einen Bestandteil des Reichstarifvertrages ansehen.

Richtig ist, daß auf Grund des Vertrags versucht werden muß, einen Mindestlohn tarif zustande zu bringen. Kommt ein Mindestlohn tarif für das Reich nicht zustande, so ist es beiden Parteien unbenommen, örtlich oder bezirklich den örtlichen Schlichtungsausschuß anzurufen. Die örtlichen Schlichtungsausschüsse sind nach den Bestimmungen der Schlichtungsordnung verpflichtet, den Parteien für das Zustandekommen von Lohnvereinbarungen Vertragshilfe zu leisten.

Es ist daher nicht unzulässig, daß, wenn ein Mindestlohn tarif nicht zustande kommt, die staatlichen Schlichtungsausschüsse für einzelne Orte oder Bezirke in Anspruch genommen werden, insbesondere ist ja im Reichstarif vorgesehen, daß bei örtlichen Lohn tarifen der örtliche Schlichtungsausschuß anzurufen ist. Dagegen sind die eigenen Einrichtungen der Parteien zunächst für die Schaffung eines Reichsmindestlohn tarifes zuständig.

Der „Nachdruck“ der Fachkammer

Die sächsische Fachkammer für Gartenbau führt ihren Kampf gegen Gesetz und Recht, gegen Behörden und Gerichte in derselben Art, nur mit veränderter Methode weiter. Als das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium am 13. Juni dieses Jahres eine erneute Zählung gewerblicher Betriebe und Arbeitnehmer anordnete, erklärte die Fachkammer in ihrem „Amtsblatt“, das Urteil des Oberlandesgerichts Dresden, das im „Gegensatz zu bisherigen Gerichtsentscheidungen“ stehe, ändere nicht das geringste an ihrer Auffassung, nach der „Gartenbaubetriebe“, die angeblich „Urproduktion“ betreiben, nicht der Gewerbeordnung unterstehen. Der Kampf um eine gesetzliche Klärung dieser „letzten noch unentschiedenen Teilfrage“ der gärtnerischen Rechtszugehörigkeit werde mit Nachdruck und Ausdauer fortgesetzt werden, bis das Ziel erreicht sei. — Der angeklagte Nachdruck äußert sich nun in diesem Falle darin, daß die betreffenden Gartenbauern veranlaßt werden, auf dem Zählblatt einen Zettel aufzukleben, auf dem gedruckt steht:

„Ich erkläre, daß ich kein Gewerbeunternehmer bin, keinen Gewerbebetrieb unterhalte und keine gewerblichen Arbeitnehmer beschäftige. Ich treibe Gartenbau, der zur Urproduktion gehört. Wenn ich trotzdem diesen Fragebogen ausfülle, tue ich das nur unter ausdrücklichem Widerspruch und nur unter behördlichem Druck. (Ort, Tag) (Unterschrift).“

Daß dieser „Nachdruck“ einen besonderen Eindruck machen wird, wird der Verfasser dieses geistvollen Dokuments selber kaum glauben. Es ist etwa das gleiche, als wenn ein Hitler-Gardist, der mit qualmender Pistole vor dem hingemeuchelten Opfer seiner Mordlust erklärt: Ich bin kein Meuchelmörder, sondern ein aufbauwilliger Urgermane.

Der behauptete „Gegensatz des OLG. Dresden zu den bisherigen Gerichtsentscheidungen“ ist tatsächlich nicht vorhanden, vielmehr hat das Oberlandesgericht Dresden diesen Rechtsstandpunkt immer eingekommen, wie zum Beispiel in den Urteilen vom 19. November 1909, 29. November 1911 und 20. März 1912. Es ist auch nicht so, daß, wie behauptet wird, die größere Anzahl von angeblich 40 Urteilen „berufsgünstig“ im Sinne der Arbeitgeber sei, sondern die Zahl der Urteile, die den Standpunkt der Arbeitnehmer teilen, ist viel größer; 85 sind uns bekannt, doch wir haben nicht nur die größere Zahl gerichtlicher Entscheidungen für uns, sondern auch die klare gerechte Erkenntnis höherer Instanzen und vor allem auch die Erklärung des Handelsgärtnerverbandes unter ihrem Generalsekretär Bedemann: „Der Begriff „Gartenbau“ ist irreführend!“

Spiegelbilder vom notleidenden Gartenbau

Wir berichteten vor kurzem von den Baumschulbesitzern, die zugleich notleidend und sehr fröhlich sein konnten. Wir freuen uns nicht nur, von diesen glücklichen Menschen zu wissen, sondern weitere solche Kreise entdeckt zu haben. Die „Gartenbau-Börse“ vom 30. Juli berichtete aus Königsberg i. Pr. von einem gegründeten „Gärtner-Stammtisch“, an dem sich nicht nur die Mitglieder des Reichsverbandes notleidender Gartenbauern, sondern auch die Gartenbaubeamten zur „besten gemüthlichen Unterhaltung“ vereinen. Vermißt wurden die Blumengeschäftsinhaber, doch die werden schon auch noch an der ostpreussischen „Gemüthlichkeit“ teilnehmen.

Aber auch den Magdeburger Gartenbauern geht's sehr gut. Sie machten mit drei großen Autobussen einen Ausflug nach Halberstadt, kosteten Wurst in der bekannten Fabrik von Heine, bewunderten neben Halberstädter Sehenswürdigkeiten dann auch die dortigen Gärtnereien und erteilen denen folgende Notizen: „Trotz schwieriger Geschäftslage sehr guten Eindruck; vorzügliche Kultur; sehr verheißungsvolle Kulturen; in musterhafter Verfassung“. Also recht nette Spiegelbilder vom „notleidenden Gartenbau“!

Unorganisierten Kollegen

mußt du

die „Gewerkschaft“ zum Lesen geben.

Du wirst damit für den Verband und besserst deine Verhältnisse.

Die NSDAP. wimmelt von Postenjägern

Nach KGO-Manier wollen bekanntlich auch die Nazis die Gewerkschaften erobern. Deshalb gründeten sie die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO.). Bis jetzt haben sie jedoch mit ihrem Bestreben erfreulicherweise wenig Glück gehabt. Nach dem nun aber die politischen Wahlen vorüber sind, werden sich die Hitler-Gesellen mit vermehrtem Eifer an diese unsaubere Arbeit machen. Da kommen gerade die Enthüllungen zurecht, die der bisherige Kreisleiter der NSBO. im Bezirk Militsch-Trachenberg, Kurt Friebe, im Bezirkssekretariat der SPD. in Breslau machte. Friebe erklärte:

„Die NSBO.“ ist nichts anderes als ein politisches Propaganda-Instrument, mit dem man, wie es bei den Nazis heißt, den Marxismus herumreißen will. Auf gewerkschaftliche Schulungsarbeit wird in der NSBO. kein Wert gelegt. Grundfächliche Aufklärung über Fragen des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung gab es bei uns so gut wie gar nicht. Es hieß nur immer: Ihr Kreisleiter müßt so schnell wie möglich eure Arbeitskollegen der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften abjagen. Ich mußte auf Anweisung meiner Gauleitung sogar mehrfach Arbeitgeber — insbesondere adelige Großagrarien — aufsuchen und diese veranlassen, ihre Arbeitnehmer zum Eintritt in die NSBO. zu zwingen. Später kamen dann diese Arbeiterscharenweise zu mir und warfen mir vor, ich hätte sie den Arbeitgebern ausgeliefert. Diese Anklagen zwangen mich zum Nachdenken und bald häuete sich mein Gewissen gegen den fortgesetzten Verrat an meinen Kollegen auf. So kam die Stunde, in der ich mich zur Trennung vom Nationalsozialismus entschloß.

Die NSBO. ist ein überhäuft aufgezogener, aufgeblasener Apparat, in dem sich jeder Arbeiter mit auch nur ein bißchen Ständesstolz niemals wohlfühlen wird. Die Buzzen sind rabiate Kleinbürger, die gern kommandieren möchten. Unerträglich war für mich der Befehlston, in dem diese Buzzen mit uns Kreisleitern verkehrten. Niemals wurde angefragt, ob sich wohl diese oder jene Maßnahme durchführen lasse. Wir erhielten einfach Anweisungen.

Geld, Geld und nochmals Geld hereinholen, das stand in jedem Rundschreiben. Die Faltenkreuzer benutzen offenkundig die NSBO., um harmlosen Arbeitern zuerst das Geld aus der Tasche zu ziehen und sie dann hinterher an die Großgrundbesitzer zu verkaufen. Schließlich ekelte mich das an.

Die Art und Weise, wie der Arbeiter in der nationalsozialistischen Bewegung behandelt wird, empfand ich geradezu als beleidigend. In der Partei, die sich vorwiegend aus Bürgerlichen zusammensetzt, sieht man die Proletarier nur ungern. Für die Arbeiter, die als „Sympathisierende“ bezeichnet werden, wurde die NSBO. gewissermaßen als Auffangvorrichtung geschaffen. Zwischen der NSDAP. und den Betriebszellen gibt es kaum eine Berührung; dazwischen liegt eine deutlich spürbare Schranke.

Der Arbeiter ist nur Nationalsozialist zweiter Klasse. Nicht einmal die Führer der NSBO. halten zu ihm. Sie bilden mit den feineren Herrschaften ihre besonderen Klänge und Birten, zu denen der Prolet natürlich nicht zugezogen wird. In der NSDAP. blüht das alte Honoratiorenunwesen nach deutschnationalen Mustern. Wenn Hitler sein Programm durchführen will, wird er zuerst mit seinen Buzzen, die mit den ehemals deutschnationalen Freiherren und Großagrariern verfilzt und verkippt sind, aufräumen müssen.

Ich habe dem Nationalsozialismus den Rücken gelehrt, als ich bemerkte, daß diese Bewegung ja längst ihren idealen Schwung verloren hat. Es wimmelt in der NSDAP. heute geradezu von Postenjägern, und diese Buzzen sind dann gewöhnlich die übelsten Schreier. Ich habe Leute in Menge kennengelernt, die nur zur Partei gestoßen sind, weil sie glaubten, schon in Wäldern ein einträgliches Pöstchen bei der Arbeitsdienstpflicht ergattern zu können. Wenn die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht erhalten sollten, werden wir wahrscheinlich erst richtig erleben, was Bonzentum heißt.

Die NSDAP. wird in ihrer heutigen Gestalt kaum noch lange bestehen können. Es ist unmöglich, Bürgerliche und Arbeiter zusammenzubringen. Die Mehrzahl der Nationalsozialisten ist radikal und will den Sozialismus. Verwirrtlich ihn die Partei nicht bald, dann wird sie sich zwangsläufig spalten. Die Arbeiter lassen sich auf die Dauer nicht mit Nebensächlichkeiten abstreifen.“

So urteilt ein Mann, der noch vor wenigen Tagen Kreisleiter der NSBO. war. Unseren Kollegen empfehlen wir, den Nazis diese Erklärungen bei passender Gelegenheit vor die Augen zu halten, um übrigen aber dafür zu sorgen, daß sie in allen Arbeiterkreisen bekannt werden, zumal die NSDAP. sich von Tag zu Tag mehr als Anti-Arbeiterpartei entpuppt. Sie überfällt nur Arbeiter, aber niemals Kapitalisten. Sie demoliert nur Gewerkschaftshäuser und Arbeiterdruckereien (wie jüngst in Eckernförde und Königsberg), aber niemals Unternehmerpaläste und im Dienste der Kapitalisten stehende Druckereien. Der Name der NSDAP. ist ein einziger Schwindel.

Internationale Rundschau

Dritte internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder. Vom 24. bis 31. Juli 1932 fand in der Arbeiterhochschule Uccle bei Brüssel die dritte internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder statt. Die erste dieser Veranstaltungen fand 1930 in der Bundesschule des ADGB. in Bernau, die zweite 1931 in Oxford statt. Grundsatz ist, daß die Vorträge und Diskussionen in der Sprache des Landes geführt werden, wo diese Zusammenkunft stattfindet. Somit gab es diesmal zwei Sektionen, eine französische und eine flämische. Die Teilnehmer müssen in einer dieser Sprachen über etwas Sprachkenntnisse verfügen. Die 30 Teilnehmer verteilten sich auf sieben Länder: Deutschland, England, Belgien, Holland, Schweiz, Tschechoslowakei und Schweden. Deutschland hatte neun Teilnehmer entsandt, einen vom AFA-Bund (ZdA.), drei von der Bauarbeiterinternationale (Baugewerksbund) und fünf vom ADGB., darunter Kollege Höpfer vom Gesamtverband. Auf der Zusammenkunft in Brüssel wurden Vorträge über folgende Gebiete gehalten: Geschichte der holländischen Gewerkschaftsbewegung, Geschichte der belgischen Gewerkschaftsbewegung, Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung, Einrichtung der Arbeiterhochschule Uccle, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es folgten kurze Berichte über Gewerkschaftsbewegung und augenblickliche Lage, von den Teilnehmern selbst gegeben. Die Vorträge wurden von den Kameraden Schevenels, Mertens, Delsinné, van der Lende und Henri Fuß gehalten. Daneben wurden zwei Besichtigungen durchgeführt. Ein Tag war der Stadt Gent gewidmet. Hier wurden Einrichtungen der belgischen Arbeiterbewegung (Volkshaus, Hospital, Genossenschaftsweberei und Spinnerei) und auch die Stadt Gent selbst besichtigt. Ein anderer Tag galt der belgischen Hauptstadt Brüssel. Hier wurden besichtigt das Parlament, das Rathaus, das Volkshaus mit seinem Mateotti-Saal, das Haus der belgischen Gewerkschaftskommission und auch das neue Heim der sozialistischen Zeitung „Le Peuple“ sowie die Arbeiterbank und die Sehenswürdigkeiten der Stadt. — Unter Berücksichtigung der verschiedenen Sprachen ist ein gut Teil Arbeit geleistet worden. Die Diskussionen standen auf hohem Niveau.

Wert und Wichtigkeit internationaler Beziehungen wird heute niemand mehr bestreiten. Gerade wir Deutschen, die wir in demselben Augenblick in Uccle weilten, wo in unserer Heimat die Arbeiterschaft den heroischen Kampf gegen den Faschismus führte, haben wohl am deutlichsten gefühlt, was internationales Denken und Empfinden, was internationale Solidarität bedeutet.

Das Erlebnis dieser internationalen Zusammenkunft verpflichtet zu Dank. Dank nicht nur allen jenen, die unmittelbar an der Durchführung dieser Woche beteiligt waren und eine große Arbeit geleistet haben, Dank auch den belgischen Genossen, die keine Mühen scheuten, um den Gästen soviel wie möglich Aufklärung und Einblick in die belgische Arbeiterbewegung zu geben. Der Dank allen denen, die diese Zusammenkunft ermöglichten, geschieht am besten dadurch, wenn die Teilnehmer mit noch größerem Eifer kämpfen für die Befreiung der Arbeiterschaft der ganzen Welt, für die Erreichung unseres Ziels: den Sozialismus. K. H.

RUNDSCHAU

Auch Rudolf Wissell gemäßigelt. Zu den vielen Maßregelungen, die sich die heutigen Machthaber in Deutschland und Preußen gegenüber Beamten zuschulden kommen lassen, die den Gewerkschaften und der SPD. angehörend, gehört auch die Entlassung des Schlichters für Berlin-Brandenburg, Rudolf Wissell, des früheren Reichsarbeitsministers. Der Vorgang ist so unerhört, daß selbst „Der Deutsche“, der bis vor kurzem noch immer giftgeschwollen war gegen alles, was links vom Zentrum und den christlichen Gewerkschaften steht, seiner Entrüstung über Wissells Entlassung Ausdruck gibt.

„Die Bedeutung der Kündigung Wissells“, so sagt der „Deutsche“, „lasse sich zwar im Augenblick noch nicht übersehen, der ganze Vorgang verbiete jedoch größte Aufmerksamkeit. Vielleicht sei die Kündigung eine Konzeption an jene Leute, die lediglich einen Feldzug gegen die Posten der marxistischen Buzzen nur deshalb führen, weil sie selbst sprungbereite Anwärter seien. Vielleicht sei die Kündigung aber auch der erste offene Schritt zur Aenderung des Kurzes der staatlichen Schlichtungsinstanzen im Sinne der zur traurigen Berühmtheit gelangten Regierungserklärung und einiger Reden von Regierungsvertretern. Oder solle die Kündigung gar der Beginn des Abbaus des Schlichtungswesens überhaupt sein?“ — „Auch der politische Gegner“, betont der „Deutsche“, „muß anerkennen, daß Wissell ein sozial gesinnter, ehrlich um den Fortschritt der Arbeitnehmer ringender Mann ist. Vielleicht genüge diese Tatsache zur Kündigung eines

Mannes, der auch als Schlichter ein starkes Streben nach einer unparteiischen Amtsführung erkennen ließ, obgleich er sich damit nicht selten in Gegensatz zu seiner parteipolitischen Gefolgschaft setzte."

Richtig. Wiffell ist Sozialdemokrat, und das genügt für die neuen Herren, um ihn aus dem Schlichteramt zu verjagen.

Nazis als Lohndrückerpartei. Der der NSDAP. angehörige Gutsbesitzer Lötbecke in Zissenbrück (Braunschweig) hat gegenüber seinen Landarbeitern einen rigorosen Lohnabbau durchgeführt. Als darauf der nationalsozialistische Betriebszellenobmann des Guts namens Schröder eine Versammlung der Landarbeiter einberief und in dieser Versammlung einen Streik gegen den Lohnabbau ankündigte, erklärte der an der Versammlung teilnehmende Parteifreund und Arbeitgeber:

"Wenn Schröder mit Streik droht, so muß ich die Sache sofort der NSDAP. melden. Schröder weiß ja, was dann mit ihm geschehen wird."

Die Drohung hat jedenfalls bewirkt, daß die nationalsozialistischen Landarbeiter von einem Streik Abstand genommen haben und den von ihrem Parteigenossen verfügten Lohnabbau schlucken mußten.

Eingegangene Schriften und Bücher (Besprechung vorbehalten)

"Kampf dem Betriebsfaschismus!" Von Herbert Dewald. Verlag J. H. W. Dieß Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis 10 Pf.

"Die neue Arbeitslosenhilfe" sowie Notmaßnahmen über Steuer, Sozialrecht und Rechtspflege. Notverordnung vom 14. Juni 1932. Texte und Erläuterungen. Industrieverlag Späth u. Linde, Berlin W 10.

"Kapitalismus oder Feudalismus?" Von M. J. Bonn. S. Fischer Verlag, Berlin W 57, Bülowstraße 90. Preis kart. 1 Mk.

"Versicherung, Fürsorge und Krisenrisiko." Von Frieda Wunderrich. Verlag Lühse u. Co. G. m. b. H., Leipzig C 1, Breitkopffstraße 9. Preis 1,80 Mk.

"Lebender Braunkohlenwald." Von R. H. Francé. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Franckhsche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Preis broschiert 1,10 Mk., gebunden 1,80 Mk.

"Meuterei auf der Elfinore." Von Jack London. Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Preis 2,70 Mk. in Leinen.

"Der Rattenfänger von Braunau." Von Anton Erkelenz. Verlag J. H. W. Dieß Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Preis 10 Pf.

"Die Bobega." Von Vicente Blasco Ibañez. Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstr. 5. Preis 2,70 Mk. in Leinen.

Rundfunkgebührenfreiheit für Arbeitslose! Der sozialdemokratische Vertreter im Verwaltungsrat der Reichspost, Abgeordneter Dr. Herz, hat seit Jahren die Befreiung aller Arbeitslosen von der Rundfunkgebühr gefordert. Zuletzt auf der Reichskonferenz des Arbeiter-Radio-Bundes referierte er über seine Bestrebungen, die in einer Resolution und einem offenen Brief gipfelten, die im letzten Heft des "Volksfunf" abgedruckt waren. Die sozialdemokratische Arbeit hat Erfolg gehabt! Das neueste Heft des "Volksfunf", Nr. 29, berichtet ausführlich darüber. Es enthält u. a. das vorgeschriebene Formular, auf dem die Arbeitslosen den Antrag auf Gebührenbefreiung stellen müssen. Außer diesem wichtigsten Beitrag zeigt der "Volksfunf" in Wort und Bild zwei Ozeanüberquerer, den "Do X" und einen kühnen Fallschirmspringer, der auf diesem letzten Gefährt den Atlantik passierte. Jenseits des großen Leiches führt uns der "Volksfunf" auf die Spuren des Wanderers und Arbeiterdichters Traven in Mexiko und im Süden — mit dem "Volksfunf" kann man vielerlei Reisen machen für nur 25 Pf. — zum Rundfunk in Palästina. Aus dem Babelsleben plaudert ein indiscret Tagesbuchblatt mit Photos. Neben der "Volksfunf"-Wochenschau werden Sommermoden vorgeführt und für den Bastler der Selbstbau eines Mikrophones beschrieben. Der "Volksfunf" mit ausführlichem Europaprogramm, Vorschau, Rückschau, Einführungen, kleinen Sendungen, medizinischem Ratgeber, Küchenzettel und noch vielem anderen kann für monatlich 96 Pf. bei jeder Postanstalt oder Buchhandlung bestellt werden. Kostenlose Probehefte fordert man vom "Volksfunf"-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Politische u. wirtschaftl. Wochenschau

Die Spareinlagen in Deutschland sind Ende Juni auf 9800,2 Millionen Mark zurückgegangen von 9905,05 Millionen Ende Mai.

Nationalsozialistische Waffenfunde wurden in Breslau, Hindenburg, Kassel, im Rheinland und in Ostpreußen an verschiedenen Stellen gemacht. In Hofgaismar wurde ein Panzerwagen der Nazis beschlagnahmt.

Der Bürgerkrieg in Deutschland hat in der Zeit vom 1. bis 7. August 18 Tote und 34 Verletzte gefordert.

Der Reichskommissar für Preußen hat auf dem Verordnungswege 48 Landkreise und 60 Amtsgerichte aufgeloben.

Deutschland und Frankreich haben am 3. August ein sozialpolitisches Abkommen unterzeichnet, demzufolge die deutschen und französischen Angestellten und Arbeiter, die in Frankreich, Deutschland und Saarland einer Sozialversicherung unterstehen, die Rechte und Pflichten gegenüber der Sozialversicherung des Landes, in dem sie beschäftigt sind, genießen. Außerdem erhalten diese Angestellten und Arbeiter das Anrecht auf die gemäß ihrem Regime erworbene Pension, solange sie in einem der drei Gebiete ansässig sind.

In Amerika hat das Finanzjahr 1931/32 mit einem Defizit von 12,2 Milliarden Mark abgeschlossen.

Die Einführung der Fünftagewoche wird von der amerikanischen Bundesregierung geplant, die zu diesem Zweck eine Reichskonferenz einberufen will. Man hofft, auf diese Weise für drei Millionen Menschen Arbeit schaffen zu können. Die Unternehmer sind mit der Maßnahme einverstanden.

Schutz vor dem Terror! Die Bezirksausschüsse der freien Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunckerschens Gewerkschaften haben am 6. August 1932 an den kommissarischen preußischen Innenminister ein Telegramm gerichtet, in dem u. a. gesagt wird, daß der außerhalb des Machtbereichs des Gleiwitzer Polizeipräsidiums herrschende politische Terror die Bevölkerung, auch die Deutschen jenseits der Grenze, auf das höchste beunruhigt. Es würden Grenzwissenschaften befürchtet. Die genannten Gewerkschaftsorganisationen forderten sofortige Verstärkung der Polizeikräfte und Ausdehnung des Machtbereichs des Gleiwitzer Polizeipräsidiums auf das gesamte Grenzgebiet, um die Staatsautorität zu stärken, sowie ein Verbot von Uniformen und Kasernen politischer Verbände im gefährdeten Grenzgebiet.

Lungenkranke

loben begeistert die erstaunlichen Erfolge der Silphoscallin-Behandlung in solch. u. ähnl. Originalbericht: Schweres aussichtslos. Lungenleiden d. Silphoscallin beseitigt Fieber, Nachschw., Hust., Ausw. schwand, Kol. Appetit, 36 Pfd. Gewichtszunahme in 5 Mon.; bei fachärztl. Nachkontr.: Auswurf bazillenfrei. Durch Silphoscallin kann die Hoffn. viel. Lungenkr., Asthmatischer Bronchit. erf. werd. 80 Fabl. Silphoscallin 3 M. In all. Apotheken, best.: Rosen-Apothek, 122 München 2 N 7

Billige böhm. Bettfedern 1/ Nur reine gutfüllende Sorten

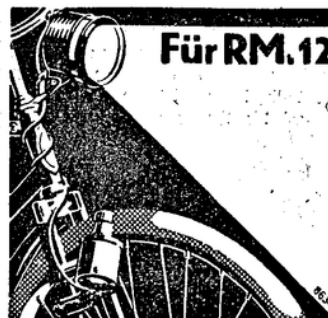
Ein Kilo graue, geschliss. M. 2,50, halbweiße M. 3,—, weiße M. 4,—, bess. M. 5,—, 6,—, daunenweiche M. 7,—, 8,—, beste Sorte M. 10,—, 12,—, weiße ungeschliss. Rupfed. M. 6,50 u. 7,50, beste Sorte M. 9,50. Versandfranko zollfr. geg. Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsels, Lobes Nr. 260 bei Pilsen (Böhmen).

ALLES BILLIGER!



R. v. Kühlmann
Der Kottenrüger. Deutsches Leben um 1950. Roman. Ganzleinenband 6,50 Mk.

Verlagsanstalt „Courier“
GmbH., Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4



Für RM. 12.50 jahrelang Licht!

fehl brauchen Sie sich nicht mehr mit Ihrer überreichenden Karbid-Lampe abzuplagen: BOSCH hat ein elektrisches Radlicht für Sie geschaffen, das nur einmalige Anschaffungskosten bereitet. Es ist jederzeit betriebsfertig, versagt nie und spendet bei jeder Geschwindigkeit einen weit reichenden, weißen Lichtkegel, der auch die Seiten des Weges gut ausleuchtet. Lassen Sie sich bei einem guten Händler die verschiedenen Ausführungen zeigen, aber verlangen Sie das Radlicht von

BOSCH